

Kroatien

Sinisa Kusic

Kroatien durchlebte in den vergangenen 12 Monaten eine ereignisreiche Periode. Nach dem erfolgreichen Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen im Sommer 2011, fokuzierte sich die Regierung in den folgenden Monaten auf die Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags sowie auf die Parlamentswahlen, die beide für Ende 2011 angesetzt waren. Größere Reformprojekte wurden in dieser Zeit auf Eis gelegt. Auf die bewegenden Momente, die Premierministerin Kosor noch bei der feierlichen Unterzeichnung des Beitrittsvertrags in Brüssel erleben durfte, folgte ein Absturz ins politische Abseits, denn nach den verlorenen Parlamentswahlen verlor Kosor auf dem HDZ-Parteitag einige Monate später auch den Parteivorsitz. Von historischer Bedeutung für das Land war das im Januar 2012 abgehaltene Referendum über den EU-Beitritt, bei dem sich eine knappe Mehrheit für die EU aussprach. Die Euphorie über die EU-Mitgliedschaft ist unter den Kroaten längst verfliegen, was zählt ist inzwischen einzig und allein die wirtschaftliche Lage. Verfliegen ist auch die Aufbruchstimmung, die noch unmittelbar nach den Parlamentswahlen herrschte, als die neue Mitte-Links-Koalition unter Milanovic (SDP) das Ruder übernahm. Vieles wollte man besser machen, nur wenig davon wurde bislang auch umgesetzt, so dass der Start der neuen Regierung alles andere als geglückt bezeichnet werden kann.

Regierungswechsel

Bei den Parlamentswahlen am 4. Dezember 2011 musste Premierminister Kosor und die Regierende HDZ eine vernichtende Niederlage einstecken. Diese Niederlage kam nicht völlig unerwartet, allerdings übertraf das Ausmaß bei weitem die meisten Prognosen. Als mögliche Ursachen sind – abgesehen davon, dass der Lebensstandard bei steigender Arbeitslosigkeit gesunken ist – die vielen Korruptionsaffären zu nennen, in die eine Reihe von Regierungs- und Parteimitglieder verstrickt waren. Mitentscheidend war auch die unmittelbar vor den Wahlen bekanntgewordene Parteispendenaffäre, denn nur wenige Wochen vor den Wahlen erhob der Staatsanwalt Anklage gegen die HDZ als juristische Person und sperrte die Parteikonten. Auch die übrigen Koalitionspartner der HDZ sind deutlich geschwächt aus den Parlamentswahlen hervorgetreten. Insgesamt wurde das rechte Parteienspektrum dezimiert, so dass der Sieg der SDP unter Zoran Milanovic größer ausfiel als von Experten vorhergesagt. Die neue Koalition, die so genannte Kukuriku-Koalition, verfügt seitdem über 80 der insgesamt 151 Sitze im Sabor und setzt sich zusammen aus der Sozialdemokratischen Partei (SDP), der Kroatischen Volkspartei (HNS), der Istrischen Demokratischen Versammlung (IDS) sowie der Kroatischen Rentnerpartei. Der Wahlgewinner Milanovic übernahm das Ruder in einer überaus angespannten Lage, die Wirtschaft ist angeschlagen, die Staatskassen sind leer und das Land hoch verschuldet. Wie die ersten Monate seit Regierungsübernahme gezeigt haben, waren aber weniger die Opposition – die geschwächt aus den Wahlen hervorging – als vielmehr die Akteure aus den eigenen Reihen die eigentliche Herausforderung für die Kukuriku-Koalition. Zumal man bei der Auswahl der verantwortlichen Köpfe, angefangen von Staatssekretären bis zu Ministern, nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hatte.

Referendum über EU-Beitritt

Nach Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags in Brüssel und vor dem EU-Beitritt, der für den 1. Juli 2013 terminiert war, hatten am 22. Januar 2012 die Kroaten in Form eines Referendums das letzte Wort über die geplante EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Im Vorfeld des Referendums hatte die neue Regierung eine Pro-EU-Kampagne gestartet, um zu verhindern, dass man kurz nach Amtsübernahme mit einem negativen Ausgang des Referendums zugleich die erste Niederlage einstecken musste. Die Zahl derer, die einen EU-Beitritt vehement ablehnten, wuchs von Woche zu Woche, zumal sich etliche Initiativen in Kroatien zum Ziel gesetzt hatten, die EU-Mitgliedschaft im letzten Moment noch zu stoppen. Interessant war dabei, dass bei der negativen Einstellung zur EU-Mitgliedschaft das linke wie das rechte politische Spektrum vereint schienen. Die Ängste der Kroaten vor einer EU-Mitgliedschaft können dabei auf einen geringen Kenntnisstand über die EU zurückgeführt werden, sie waren aber auch das Resultat von Presseberichten über die Krise innerhalb der EU und der Eurozone. Nicht selten wurde darin die EU als ein Verwaltungsmoloch mit Demokratiedefizit oder gar als „sinkendes Boot“ dargestellt. Am Ende hatte es doch gereicht, von den lediglich 43,6 Prozent, die sich an dem Referendum beteiligt hatten, stimmten etwa zwei Drittel für den EU-Beitritt. Die Spitzenpolitiker des Landes zeigten sich erleichtert und sprachen von einem „historischen Tag für Kroatien“. Von Staatspräsident Ivo Josipovic war zu vernehmen: „Es freut mich, dass Europa mein Zuhause wird“.¹

Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Talfahrt des Vorjahres setzte sich auch im ersten Quartal 2012 fort. Die meisten wirtschaftlichen Indikatoren weisen weiterhin eine negative Tendenz auf, angefangen vom Arbeitsmarkt, der Exportbilanz und einzelnen Sektoren wie der Baubranche. Die Industrieproduktion ist in dieser Periode um ganze 9,4 Prozent eingebrochen und laut Schätzungen soll die Wirtschaft 2012 insgesamt um 1,2 Prozent schrumpfen. Mit einer wirtschaftlichen Erholung ist frühestens 2013 zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit steigt kontinuierlich an, besonders alarmierend ist dabei der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den jüngeren Arbeitssuchenden. Neben der Finanzkrise in der Eurozone haben insbesondere die strukturellen Defizite der kroatischen Wirtschaft einen entsprechenden Anteil an der angespannten wirtschaftlichen Lage des Landes. Einige kroatische Ökonomen beklagen, dass die neue Regierung insgesamt recht unvorbereitet an die großen Herausforderungen herangegangen sei, insbesondere was die Strategie für den wirtschaftlichen Aufschwung betrifft. Dementsprechend sinkt laut Cro Demoskop die Zustimmung in der Bevölkerung für das neue Team, zumal seit dem Regierungswechsel drastische Preiserhöhungen (Strom um ca. 25 Prozent, Gas um ca. 30 Prozent und Heizöl um ca. 15 Prozent) das verfügbare Einkommen spürbar belasten. Von den verschiedenen Maßnahmen, die Kukuriku bereits durchgesetzt oder angekündigt hat, erweisen sich insbesondere die angekündigten Großinvestitionen im öffentlichen Sektor als problematisch, da dadurch die ohnehin hohen Staatsschulden in diesem Jahr weiter ansteigen könnten, aber auch die angekündigten Privatisierungen der noch verbliebenen Staatsunternehmen sowie die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent. Als Erfolg kann lediglich verbucht werden, dass es dem Finanzminister Linic gelungen ist, die drohende Herabstufung einiger Ratingagenturen zu vermeiden und durch Beibehaltung der Einstufung auf BBB- die Kosten weiterer Verschuldung in Grenzen zu halten.

1 Vgl. „Kroatien wird EU-Land – mit wenig Begeisterung“, in: Handelsblatt, 22. Januar 2012.